

---

# Zürcher müssen mehr zahlen

*Der Neue Finanzausgleich soll die Kluft zwischen armen und reichen Kantonen verkleinern. Zürich wird zur Kasse gebeten.*

**Von Walter Niederberger und Hans-Peter Bieri**

Bern/Zürich. – Als «letzte Chance zur Erneuerung des Föderalismus» sieht Finanzminister Villiger den gestern vom Bundesrat verabschiedeten Neuen Finanzausgleich (NFA). Das Projekt ist in fast zehnjähriger Arbeit zwischen Bund

und Kantonen zu Stande gekommen und umfasst über 20 Verfassungsänderungen sowie Dutzende von Gesetzesrevisionen. In Kraft treten kann der Finanzausgleich – sofern Parlament und Volk zustimmen – ab dem Jahr 2006.

Gespeist wird das Projekt aus drei Ausgleichstöpfen. Daraus erhalten die ärmeren Kantone einen höheren Grundstock als bisher. Zudem werden die Standortnachteile der Gebirgskantone und die Lasten der Stadtkantone gezielt abgegolten. Unter dem Strich werden 20 Kantone besser gestellt, sechs Kantone müssen mehr Geld einschiessen. Dazu zählen die Innerschweizer Steueroasen. Mehr zahlen muss aber auch Zürich – pro Kopf soll der Kanton 254 Franken mehr in den Finanzausgleich einzahlen.

Eng verknüpft mit dem Finanzausgleich ist das Vorhaben, Aufgaben zwischen Bund und Kantonen neu zu verteilen. 13 Aufgaben werden kantonalisiert, und 7 Bereiche gehen voll an den Bund über. So zieht der Bund den Bau und Unterhalt der Nationalstrassen an sich, die Kantone übernehmen beispielsweise die Verantwortung für alle Behindertenheime. Allerdings geht die Neuverteilung deutlich weniger weit als geplant. Villiger warnte deshalb davor, weitere Änderungen vorzunehmen.

## **Zürich nicht zufrieden**

Der Zürcher Finanzdirektor Christian Huber zeigte sich gestern an einer Pressekonzferenz vom Neuen Finanzausgleich

noch nicht überzeugt. Der Kanton unterstütze den NFA zwar grundsätzlich und sei sich auch bewusst, dass er zahlen müsse; im Gegenzug erwarte er aber auch mehr Entlastung, beispielsweise beim interkantonalen Lastenausgleich: «Die Trittbrettfahrer müssen zahlen.» Schwer wiegt nach Huber, dass der NFA keine Sicherheiten eingebaut hat, damit die finanzstarken Kantone nicht immer stärker zur Kasse gebeten werden. «Wir sind den eidgenössischen Räten künftig auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.» Die Zürcher Regierung wird jetzt über die eidgenössischen Parlamentarier des Kantons versuchen, noch einige Verbesserungen zu erzielen. Abschliessend Stellung nehmen wird sie erst danach.

*Kommentar 5. Spalte, Berichte Seiten 9, 17*

# Zusätzliche Be- und Entlastung durch den neuen Finanzausgleich

Finanzausgleich mit Härteausgleich (Basis 1998/1999)

